

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der [Hinweise des Tages](#) anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Die deutsche Regierung bläst zum Krieg gegen Russland](#)
2. [Trotz Ausreden - alles deutet auf Putin](#)
3. [Brandstifter gehören nicht auch noch belohnt](#)
4. [Verdacht auf Manipulation bei Russlands Impfstoff "Sputnik V"](#)
5. [R+V-Studie: Deutsche haben mehr Angst vor den Folgen des Lockdowns als vor dem Coronavirus](#)
6. [Virologe Streeck fordert Umdenken bei Corona-Strategie](#)
7. [Hört euch das mal an](#)
8. [Alarmierende Linken-Anfrage: 15 Millionen Beschäftigten droht Altersarmut](#)
9. ["Schrecklich katastrophal": US-Kriege sind für mindestens 37 Millionen Flüchtlinge verantwortlich](#)
10. [Jäger wider Willen](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die deutsche Regierung bläst zum Krieg gegen Russland**

Die deutsche Regierung macht aus der vermuteten Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny ein militärisches Thema.

Dass die «Bild», das Boulevardblatt für die einen Deutschen, und «Die Welt», das Intelligenz-Blatt für die anderen, gegenwärtig aus allen publizistischen Rohren gegen Russland schießen, ist keine Überraschung. Ihr Eigentümer, der Medienkonzern Axel Springer, gehört bereits zu über 42 Prozent einer US-amerikanischen Heuschrecken-Gesellschaft. Und sein Konzern-Boss, Mathias Döpfner, pflegt gelegentlich selber in die Tasten zu greifen, damit seine Chefredakteure wissen, was sie zu schreiben haben.

Vor allem aber gibt es auf oberster Konzernebene eine klare Anweisung, dass alle Publikationen des Konzerns die Freundschaft zu den USA - und also die nordatlantische Politik - einzuhalten haben. Deutsche Pressefreiheit nach westlichem Modell.

Damit kann man leben. Es soll solche Medienkonzerne geben dürfen, solange sie nicht die Mehrheit im Medienmarkt beherrschen.

Quelle: [Infosperber](#)

2. **Trotz Ausreden - alles deutet auf Putin**

In einem Punkt sind sich die allermeisten Russland-Experten einig: Wladimir Putin hat den Anschlag auf seinen politischen Gegner Alexej Nawalny angeordnet oder geduldet. Der Kreml und einzelne deutsche Politiker widersprechen, doch die Ausflüchte erscheinen haltlos. [...]

Auch hierzulande gibt es Zweifel an den Vorwürfen der Bundesregierung. Zum Beispiel nimmt der frühere SPD-Chef und Vizkanzler Sigmar Gabriel den Kreml in Schutz: "Die Frage, warum Wladimir Putin erst den Mordanschlag auf Herrn Nawalny geduldet oder sogar angeordnet haben soll, um ihn dann zur Behandlung nach Deutschland ausreisen zu lassen, ist ja nicht unberechtigt", wirft er in den Raum. Die immer noch sehr Russland-affine Linkspartei warnte ebenfalls vor Vorverurteilungen, und warf sogar die Möglichkeit in den Raum, westliche Geheimdienste könnten hinter dem Anschlag stecken.

Damit befindet sich die Linke voll auf Kreml-Linie: "Die russische Regierung will von sich ablenken, indem sie auf öffentlich zugängliche Literatur einer Vielzahl anderer Staaten verweist, die sich mit diesen toxischen Substanzen beschäftigt haben - in aller Regel im Zusammenhang mit Schutzforschung gegen solche Kampfstoffe", sagt Abrüstungsexperte Kelle. "Dabei braucht man den eigentlichen Übeltäter oft in geringen Mengen, um zuverlässig testen zu können, ob die vorgesehenen Schutzvorkehrungen wirksam sind."

Quelle: [n-tv](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Es sieht so aus, als befänden sich Medien und Lobbyisten/Einflussagenten in einem Rausch der Aggression und Kriegslust.*

3. **Brandstifter gehören nicht auch noch belohnt**

Nach dem Brand im Flüchtlingscamp Moria will die Bundesregierung 150 minderjährige Flüchtlinge aufnehmen. Solange aber der Verdacht im Raum stehe, dass einige Lagerbewohner selbst das Feuer gelegt haben, dürfe Deutschland niemanden von dort herholen, meint Silke Hasselmann. Das sende die falsche Botschaft. [...] Doch zumindest solange der begründete Verdacht im Raum steht, dass einige

Lagerbewohner nicht nur die Löscharbeiten behindert, sondern die Feuer selbst gelegt haben, darf Deutschland niemanden von dort herholen. Auch keine unbegleiteten Minderjährigen. Denn abgesehen von der immer schwierigen Frage, wer eigentlich wonach entscheidet, wer ausgewählt wird, stellt sich die Frage, welche Botschaften das in die Welt senden würde.* Eine auf jeden Fall: Brandstiftung kann sich lohnen! Das gewissenlose Inkaufnehmen von Opfern ginge ja quasi als Notwehr gegen die Unbarmherzigkeit der Europäischen Union durch; sehr zur Nachahmung empfohlen!
Quelle: [Deutschlandfunk](#)

Anmerkung unseres Lesers Edgar Weimer: Guten Morgen liebe NDS-Redaktion, gestern bin ich auf diesen Kommentar im DLF (vom 11.09.) gestoßen, den ich nur als Ausdruck neoliberaler und antisozialer Gesinnung seitens der Autorin bzw. der verantwortlichen Redaktion deuten kann.

Wenn unsere Rettungsdienste (Notarzt, Feuerwehr, Polizei,...) so ticken würden wie die Autorin Silke Hasselmann, wäre dann im akuten Notfall die Frage wer, wieso, warum zuerst zu klären um danach zu entscheiden ob überhaupt geholfen wird? Asozialer geht's kaum noch!

Der Beitrag hat wohl die gebührende negative Resonanz erfahren, so dass sich die Chefredakteurin Birgit Wenzin am Vormittag zu einer dünnen Erklärung genötigt sah.

Anmerkung Jens Berger: Und wieder einmal gerät in Vergessenheit, wer eigentlich der wahre Brandstifter in dieser Sache ist. Ohne das Zündeln des Wertewestens im Nahen und Mittleren Osten würde es gar kein „Moria“ geben. Der DLF-Kommentar ist somit nicht nur empathielos und zynisch, sondern auch geschichtsvergessen.

dazu: Warnung vor der Diskursverschiebung

Nach dem Brand im Flüchtlingslager lehnt unsere Kommentatorin Silke Hasselmann die Aufnahme von Menschen aus Moria zu diesem Zeitpunkt ab. Der Historiker Jürgen Zimmerer geht mit ihrem Text hart ins Gericht und spricht von „menschenverachtenden Passagen“.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

4. Verdacht auf Manipulation bei Russlands Impfstoff “Sputnik V”

Russland hat weltweit den ersten Corona-Impfstoff vorläufig zugelassen, doch nun gibt es Zweifel an den Daten. Einige Studienergebnisse wirken laut Kritikern, als hätten die Entwickler mit Photoshop nachgeholfen. [...]

“Lancet” hat die Autoren der Studie um eine Stellungnahme gebeten, die offene

Fragen klären soll. "Wir verfolgen die Situation genau", teilte das Fachblatt auf Anfrage des SPIEGEL mit. Die Studie sei von internationalen Experten für Covid-19 begutachtet worden.

Im besten Fall lassen sich die Zweifel schnell ausräumen. Doch was, wenn nicht? "Die Kollegen um Bucci haben sich die Daten schon ganz genau angeschaut", sagt Wendtner. Die identischen Antikörperspiegel seien vielleicht noch erklärbar, aber besonders auffällig seien dieselben Werte beim Nachweis von T-Zellen. "So was sieht man in Studien normalerweise nicht", sagt Wendtner. Ein Beweis für Manipulation sei das freilich nicht, aber auf jeden Fall ein Grund, einen Blick in die Rohdaten zu werfen. Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung Jens Berger: Neben den Vorwürfen, die das russische Team nun natürlich ausräumen muss, gerät ein wenig in Hintergrund, dass die „Impfreaktionen“ (also noch nicht einmal die unerwünschten Nebenwirkungen) es in sich haben. So traten bei einer Mehrheit der Probanden (je nach Reihe bis zu 95%) leichtes, bei bis zu 11% sogar moderates Fieber (über 38,5 Grad) auf. Kopfschmerzen, Schlaptheit, Muskelschmerzen, Herzrasen, Durchfall, Appetitlosigkeit und Rachenschmerzen gehörten zu den häufigen beobachteten Beschwerden. Das wäre für sich gesehen durchaus akzeptabel. Jedoch wurden die ersten beiden Testreihen an einer kleinen Gruppe (jeweils 38) von Freiwilligen vorgenommen - hauptsächlich junge, gesunde Männer (wahrscheinlich Soldaten), keine der Gruppen hatte ein Durchschnittsalter von mehr als 32 Jahren. Nun sollen bei Covid-19 aber bekanntlich zuerst die Risikogruppen, Alte und Vorerkrankte, geimpft werden. Ich befürchte, wir dürfen uns da sogar vollkommen abseits der unerwünschten Nebenwirkungen noch auf einige Rückschläge einstellen.

Gar nicht gut läuft es übrigens auch beim ehemals „aussichtsreichsten“ Kandidaten der westlichen Hemisphäre. Hier erkrankte ein Phase-3-Proband an der seltenen Nervenerkrankung „[Transverse Myelitis](#)“, die durch unerwünschte Immunreaktionen ausgelöst wird und somit genau zu den seltenen Nebenwirkungen gehört, die man bei einem neuen Vektor- oder mRNA-Impfstoff befürchten und vermeiden muss. Nach einer Pausierung der Studie hat eine „unabhängige“ Kommission nun verkündet, dass die Studie weitergeführt werden kann. Verkündet wurde dies nicht etwas in der Wissenschafts-Community, sondern in einer Investorenkonferenz von J.P. Morgan. Rational nachvollziehbar ist diese Entscheidung nicht, wie selbst der SPIEGEL einräumen muss ...

AstraZeneca strapaziert das Vertrauen

Schon kurze Zeit nach der Unterbrechung seiner Impfstoffstudie wegen einer

erkrankten Probandin hat AstraZeneca die Tests wieder aufgenommen. Die Gründe für die schnelle Fortsetzung sind intransparent. [...]

Stattdessen verkündete der AstraZeneca-CEO Pascal Soriot am Samstag die Entscheidung offenbar hinter verschlossenen Türen bei einem Treffen, das von der Investmentbank J.P. Morgan organisiert wurde. So berichtet es die "New York Times". Das US-Blatt fordert ebenso eine größere Transparenz der Pharmafirmen bei der Covid-19-Impfstoffentwicklung: Das stärke auch das Vertrauen in der Bevölkerung. Vor allem in den USA wirkt das Vorpreschen der Zulassungsbehörde FDA wie ein Wahlkampfakt: Sie will noch im Oktober einen Impfstoff der Firmen Pfizer und Biontech zulassen.

Unter anderen Umständen ist es Standard, dass Pharmafirmen Details zu klinischen Studien bis zu ihrem Abschluss zurückhalten, um ihr geistiges Eigentum und den Wettbewerbsvorteil zu wahren. Doch in Zeiten, in denen es darum geht, dass ein Impfstoff möglicherweise eine Pandemie beenden kann - aber eben nur, wenn sich auch genügend Menschen impfen lassen -, ist Vertrauen in die Sicherheit eines Vakzins unerlässlich.

Quelle: [SPIEGEL](#)

5. **R+V-Studie: Deutsche haben mehr Angst vor den Folgen des Lockdowns als vor dem Coronavirus**

Am Donnerstag hat die R+V-Versicherung die Ergebnisse ihrer Umfrage "Die Ängste der Deutschen" vorgestellt - dieses Mal auf einer Skype-Presskonferenz. Die bereits zum 29. Mal durchgeführte Studie, für die 2.400 Menschen nach ihren Ängsten und Sorgen befragt wurden, wies einige interessante Ergebnisse auf.

Laut der Studie haben im Jahr der Corona-Krise nur 32 Prozent der Befragten Angst vor einer schweren Erkrankung. Das sind drei Prozent weniger als im vergangenen Jahr. In der Liste der größten Ängste und Sorgen reicht das nur für Platz 17. Brigitte Römstedt, die Leiterin des R+V-Infocenters, zeigte sich von diesem Ergebnis überrascht:

In diesem von Corona dominierten Jahr ist die Angst vor einer schweren Erkrankung erstaunlich gering.

R+V fragte auch konkret nach der Angst vor dem Coronavirus. Dazu sagte Römstedt: Ebenfalls nur etwa jeder dritte Befragte fürchtet sich davor, dass er selbst oder die Menschen in seinem Umfeld sich mit dem Coronavirus infizieren könnten. (...)

Dieser Befund der Studie steht in offensichtlichem Kontrast zur alltäglichen Nachrichtenverbreitung in deutschen Medien mit den regelmäßigen Rekordmeldungen zu angeblichen Corona-Neuinfektionen.

Ganz anders sieht es laut Studie bei der größten Angst der Deutschen aus: 53 Prozent

der Befragten fürchten sich vor einer gefährlicheren Welt durch die Politik des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Damit stimmen die Befragten offenbar mit den Medien des Mainstream überein, obwohl Trump bislang deutlich weniger Kriegseinsätze angeordnet hat als seine Vorgänger.

Weitere relevante Ängste der Deutschen betreffen Naturkatastrophen und Wetterextreme (Platz 5 mit 44 Prozent), Spannungen durch Zuzug von Ausländern (Platz 6 mit 43 Prozent) und Überforderung des Staates durch Flüchtlinge (Platz 7 mit ebenfalls 43 Prozent).

Nur auf Rang 11 der größten Ängste schafft es mit 40 Prozent der Klimawandel. 40 Prozent der Befragten befürchten, dass dieser dramatische Folgen für die Menschheit hat.

Quelle: [RT Deutsch](#)

6. **Virologe Streeck fordert Umdenken bei Corona-Strategie**

Der Bonner Virologe Professor Hendrik Streeck plädiert im Umgang mit dem Coronavirus für einen Strategiewechsel. „Wir dürfen uns bei der Bewertung der Situation nicht allein auf die reinen Infektionszahlen beschränken“, sagte er im Gespräch mit WELT AM SONNTAG. Zwar steige die Zahl der positiv getesteten Menschen in Deutschland und Europa signifikant an. „Gleichzeitig sehen wir aber kaum einen Anstieg der Todeszahlen.“ (...)

Grundsätzlich solle man versuchen, Infektionen so gut es geht zu unterbinden. Man könne Infektionszahlen aber auch anders lesen: „Gesellschaftlich betrachtet sind Infektionen mit keinen Symptomen nicht zwangsweise schlimm. Je mehr Menschen sich infizieren und keine Symptome entwickeln, umso mehr sind - zumindest für einen kurzen Zeitraum - immun. Sie können zum pandemischen Geschehen nicht mehr beitragen“, so Streeck in WELT AM SONNTAG.

Quelle: [Welt](#)

7. **Hört euch das mal an**

In Zeiten der Pandemie findet die These immer mehr Zuspruch, die politische Unterscheidung zwischen Links und Rechts sei hinfällig. Dabei ist sie jetzt wichtiger denn je.

Zwischen Home-Office-Elite mit Eigenheim-Garten und alleinerziehenden Müttern in Zwangskurzeit mit Zweizimmermietwohnung, zwischen materiell begünstigten und ökonomisch benachteiligten Schulkindern, zwischen mies entlohnten „Systemrelevanten“ und reich belohnten „Bullshit-Jobbern“ vergrößern sich derzeit soziale Ungleichheiten, die zuvor im Palaver um „unsere soziale Marktwirtschaft“ kaum beachtenswert erschienen. Die Proteste richten sich zum Teil gegen die solche Ungleichheiten vertiefende Corona-Politik. Wenn dort ausgerechnet die Linke fehlt, dann ist die logische Folge, dass immer mehr Menschen das Gerede von der

postideologischen Zeit glauben und keinen Unterschied mehr erkennen zwischen Links und Rechts.

Schon länger gewinnt die These immer mehr Anhänger, diese in früheren Zeiten zentrale politische Unterscheidung sei nicht mehr zeitgemäß. Spätestens seit Anfang der neunziger Jahre gehört es im politischen Mainstream zum guten Ton, eine Perspektive jenseits von Links und Rechts (so der Titel einer Programmschrift des britischen Soziologen Anthony Giddens, der sich als Vordenker der britischen Sozialdemokratie einen Namen gemacht hat) einzunehmen und gegen sämtliche Stimmen rhetorisch hart zu Felde zu ziehen, die nicht bereit sind, die Gegenwart als Ära einer „Klassengesellschaft ohne Klassen“ zu bezeichnen.

Diesem Spin haben die linken Kräfte seit dem Ende der Sowjetunion so wenig entgegengesetzt, dass sie seit Jahren nur noch damit beschäftigt sind, das herrschende Falsche als „im Grunde gut“ zu verteidigen im Angesicht der drohenden Regression von Rechtsaußen. Wenn sich - wie spätestens seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 - bis weit in die Linkspartei hinein hochrangige Leute als Angela-Merkel-Fans outen zu müssen meinten, dann kann niemanden verwundern, wenn jene ohne größere Probleme neben Verschwörungsideologen und Rechten demonstrieren, die eine Querfront der bürgerlichen Mitte rechts liegen lässt.

Quelle: [Christian Baron im Freitag](#)

Lesen Sie dazu auch: Albrecht Müller - [Die Parole „Weder links noch rechts“ begünstigt rechts, sie begünstigt die Neoliberalen und das Militär.](#)

Dazu: Corona, die Klassen-Krankheit

Podcast Jakob Augstein spricht mit dem Soziologen und Elitenforscher Michael Hartmann über soziale Ungleichheit und Ausschlussmechanismen in Zeiten der Corona-Krise

Quelle: [Freitag](#)

8. Alarmierende Linken-Anfrage: 15 Millionen Beschäftigten droht Altersarmut

Für Millionen Beschäftigte könnte der Stundenlohn zu niedrig sein, um vor Altersarmut sicher zu sein. Exklusive Zahlen zeigen: Selbst die Mittelschicht ist betroffen.

Altersarmut gilt vor allem als Risiko für Geringverdiener. Doch auch für Menschen mit solidem Gehalt könnte es mit der Rente eng werden. Das zeigen jetzt Daten des Statistischen Bundesamtes aus einer Anfrage der Linken-Fraktion, die ntv exklusiv vorliegen: 15 Millionen Beschäftigte in Deutschland (38,8 Prozent) verdienen demnach nicht mehr als 14 Euro pro Stunde (brutto). Nimmt man eine Berechnung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2017 zum Maßstab, sind

diese Beschäftigten nicht vor Altersarmut geschützt.

Laut der Berechnung brauchten Beschäftigte beim damals aktuellen Rentenniveau mindestens einen Stundenlohn von 14,40 Euro, um als Rentner über die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle zu kommen. Das gilt sogar nur für den idealen Fall: Vollzeit, 45 Beitragsjahre. Viele Arbeitnehmer arbeiten in Teilzeit und deutlich weniger Jahre. Für sie wird es noch schwieriger.

Die Anfrage der Linken zeigt auch: Zwei Drittel der Beschäftigten bekommen nicht mehr als 20 Euro Stundenlohn.

Quelle: [n-tv](#)

9. **“Schrecklich katastrophal”: US-Kriege sind für mindestens 37 Millionen Flüchtlinge verantwortlich**

Das Costs of War Project des Watson-Instituts für internationale und öffentliche Angelegenheiten an der renommierten Brown University in Providence im US-Bundesstaat Rhode Island ging in seiner neuesten Untersuchung der Frage nach, wie viele Menschen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 durch die von den USA begonnenen Kriege zu Flüchtlingen wurden. Dabei haben sich die Wissenschaftler auf die acht blutigsten Kriege in Afghanistan, dem Irak, dem Jemen, Libyen, Pakistan, den Philippinen, Somalia und Syrien konzentriert.

Nach ihren Berechnungen wurden in diesen Ländern mindestens 37 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Wie der Hauptverfasser der Studie, Professor David Vine von der American University in Washington D.C., festhält, ist diese Zahl eher am unteren Ende angesetzt. Realistischer wären 48 bis 59 Millionen Flüchtlinge, die ihre Heimat aufgrund der US-geführten Kriege verloren haben. Dabei seien die kleineren Konfliktherde noch gar nicht mitgerechnet, an denen sich US-Spezialeinheiten insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent und Asien beteiligen, die ebenfalls Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung haben, wie es in der Studie weiter heißt.

Millionen (Menschen) sind vor Luftangriffen, Bombardierungen, Artilleriefeuer, Hausdurchsuchungen, Drohnenangriffen, Gefechten und Vergewaltigungen geflohen. Die Menschen flohen vor der Zerstörung ihrer Häuser, Nachbarschaften, Krankenhäuser, Schulen, Jobs und lokaler Nahrungs- und Wasserquellen. Sie flohen vor Vertreibung, Morddrohungen und groß angelegten ethnischen Säuberungen, die durch die US-Kriege insbesondere in Afghanistan und dem Irak ausgelöst wurden. Die alleinige Verantwortung für diese Entwicklung liege aber nicht bei der US-Regierung. Die Taliban in Afghanistan, sunnitische und schiitische Milizen im Irak, al-Qaida, der sogenannte Islamische Staat und andere Staaten, Dschihadisten und Kämpfer sind ebenso für die Fluchtursachen verantwortlich. In diesen acht Ländern waren es aber die USA, die die bereits vorhandenen Faktoren wie Armut,

Auswirkungen des Klimawandels und existierende Gewalt durch den Einmarsch, Drohnenkrieg oder als Hauptpartner einer kriegsführenden Partei massiv verschärft haben.

Seit 2001 sind die USA in mindestens 24 Ländern militärisch aktiv gewesen bzw. sind es in vielen nach wie vor. Welche Auswirkungen das auf die jeweilige Bevölkerung hatte, sei den meisten Menschen in den USA überhaupt nicht bewusst gewesen, sagte Professor Vine der New York Times: [...]

Quelle: [RT Deutsch](#)

10. **Jäger wider Willen**

Fabio De Masi bekommt viel Applaus als Finanzskandal-Aufklärer - trotzdem plant er seinen Abschied aus dem Bundestag. [...]

2014 kommt De Masi ins Europäische Parlament. "Ich habe mir den Grünen Sven Giegold angeschaut, wie der mit Themen durchdringt." Er konzentriert sich auf Finanzskandale: erst den Sonderausschuss Lux Leaks. Dann den

Untersuchungsausschuss Panama Papers. Im Bundestag geht es so weiter.

Untersuchungsausschuss Wirecard, Sondersitzungen zu Cum-Ex. Die Financial Times erhebt ihm zum Chefaufklärer. "Ein großer Teil des politischen Drucks ist von De Masi gekommen", schreibt das Blatt der internationalen Finanzelite. De Masi erklärt von N-TV bis zur New York Times, was schief läuft in der Finanzpolitik. [...]

Er deckt mal wieder was auf, und die Grünen stauben dazu einen O-Ton in der Tagesschau ab, während sein eigener Laden nicht mitzieht. "Das führt auch zu Kränkungen", sagt De Masi. Die Linkspartei sucht gerade neue Parteivorsitzende. Und in der Gerüchteküche fiel immer mal wieder der Name Fabio De Masi. Eine Weile hat er sich tatsächlich überlegt anzutreten, aber jetzt plant er genau das Gegenteil. Er wird sich wohl aus der Berufspolitik zurückziehen und bei der Bundestagswahl nicht mehr antreten [...]

De Masis Rückzug ist noch nicht spruchreif, aber es klingt schon sehr nach Abschied, wenn er sagt: Er und sein Büro hätten "etwas gerockt, in der Zeit, als wir da waren. Es war mir wichtig, so in Erinnerung zu bleiben." Gleichwohl soll es dieser Tage noch mal ein Personalgespräch mit seinem Fraktionschef Dietmar Bartsch geben. Wer weiß, was da herauskommt? Einem, der nur in eine Vorlesung reinschnuppern will und mit einem Master rauskommt, ist zuzutrauen, dass er plötzlich für den Parteivorsitz kandidiert, obwohl er nur Tschüss sagen wollte.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

Anmerkung Jens Berger: Wenn De Masi wirklich nicht mehr antreten würde, wäre dies ein sehr herber Verlust für die Politik und vor allem für die Linkspartei. Bei der Partei sollten die Alarmglocken klingen.